

Diese Wochenschrift  
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag  
in einem Bogen in der Buchdruckerei der  
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-  
merationspreis von 7 Sgr. 6 Pf.



Ämtliche und Privat-Anzeigen  
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für  
die breitgedruckte Zeile in gewöhnlicher  
Schrift bis spätestens Dienstag früh 7 Uhr  
erbeten.

# Der Laubaner Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift  
für Stadt und Land.

N<sup>o</sup>. 27.

Mittwoch, den 29. August

1849.

## Aus den Verhandlungen des hiesigen Vereins für Gesetz und Ordnung.

Verhandelt Lauban, den 15. Aug. 1849.

Die heutige Sitzung eröffnete der Vorsitzende, Director Dr. Schwarz, mit der Vorlesung des Protokolls vom 8. d. Mts., welches ohne Erinnerung angenommen und vollzogen wurde. Demnächst dankte derselbe dem Vicevorsteher, Rechtsanwalt Ulrich, für die während seiner Abwesenheit übernommene Leitung der Vereinsangelegenheiten und knüpfte daran die erfreuliche Nachricht, daß der Deputirte des Laubaner Kreises, Consistorial-Präsident v. Uechtritz, dem hiesigen Vereine für Gesetz und Ordnung von vier zu vier Wochen Auszüge aus den Kammerverhandlungen zur weitem Verbreitung mittheilen werde. Nachdem der Vorsitzende noch das Wesentlichste aus den Verhandlungen der ersten Kammer vom 17. August c., so wie aus denen der zweiten Kammer vom 14. dess. Mts. vorgetragen hatte, ersuchte er den Rechtsanwalt Ulrich um den Bericht über die in der letzten Sitzung bereits zur Sprache gebrachte Armen-Kranken-Pflege, in Folge dessen der Letztere den Sanitäts-Rath Dr. Tamm aufforderte,

sich über seinen die Armen-Kranken-Pflege betreffenden Antrag ausführlicher auszusprechen. Demnächst entspann sich besonders über die Frage: ob die Armen-Krankenpflege ein Privatinstitut oder eine Staatsanstalt sein müsse? eine längere Debatte, an welcher sich, außer dem Antragsteller, mehrere andere Mitglieder lebhaft theilnahmen. Nach allseitiger Erwägung des Gegenstandes entschied man sich endlich dahin: an die Kammer eine Petition des Inhalts zu richten, daß der Staat die Oberaufsicht über die Armen-Krankenpflege übernehmen und in solchen Fällen, wo die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen sollten, helfend die Hand reichen müsse. — Hierauf gab Kandidat Kluge eine sehr ausführliche politische Rundschau. Nach Beendigung der Rundschau nahm derselbe nochmals das Wort und wies in einem längern Vortrage auf die Nothwendigkeit hin, auch die socialen Fragen zum Gegenstande unserer Besprechungen zu machen. Diese Sache wird in einer der nächsten Versammlungen zu einer noch nähern Erörterung gelangen. Endlich gedachte noch der Generallieutenant v. Klin-